

## **Zwischenmenschliche Brücken. Deutsche „Hilfe für Solidarność“ als Beispiel der deutsch-polnischen Beziehungen in den achtziger Jahren.**

Małgorzata Świder

Die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen sind nicht frei von Spannungen und Missverständnissen. Sogar in Zeiten der gemeinsamen Mitgliedschaft in der Europäischen Union und der NATO werden sie, insbesondere auf der allerhöchsten Ebene, oft von Emotionen, Vorurteilen und Stereotypen geleitet. Dies bewirkt, dass sogar die schönen Seiten der gemeinsamen Geschichte ihre mildernde Bedeutung verlieren. Ganz bestimmt ist eine solche schöne Seite in den deutsch-polnischen Beziehungen die Hilfe des westdeutschen Staates und der westdeutschen Bevölkerung für die polnische Opposition und die polnische Bevölkerung zu Beginn der achtziger Jahre, insbesondere aber während der Zeit des Kriegszustands.

Der Beginn der Arbeiterproteste in Polen im August 1980 wurde in der Welt mit großem Interesse verfolgt. Vor allem stellte man sich die Frage, in welche Richtung Polen gehen würde? Welche Konsequenzen würde der Ungehorsam der Polen haben? Dieses breite Interesse verlagerte sich oft auf die materielle Hilfe für die neuentstandenen Gewerkschaften und die polnische Bevölkerung, die aufgrund der Wirtschaftskrise, die den Menschen immer mehr zu schaffen machte, leiden musste.

Ohne das Engagement und die Hilfe des Auslands hätte die Solidarność sicherlich keine Chance gehabt, zu überdauern und sich weiterzuentwickeln. In diesem Kontext war es wichtig, nicht nur das Potenzial der polnischen Arbeiter und deren Anführer zu erkennen, sondern auch eine genaue Analyse der vorgefundenen Situation und des vorhandenen Spielraumes zu wagen.

Bei der Hilfsaktion für die Solidarność war die Hilfe und das Engagement Deutschlands und der deutschen Parteien und Gewerkschaften, darunter des DGB und der SPD, nicht ohne Bedeutung.

Die Position des DGB war spezifisch nicht nur im Hinblick auf die Größe, da sie eine der größten Gewerkschaften weltweit ist<sup>1</sup>, sondern vor allem im Hinblick darauf, dass der DGB deutsche Arbeiter vereint. Und dies genau war einer der wichtigsten Punkte bei der Bewertung der Möglichkeiten für den DGB, sich bei der Entwicklung der Situation in Polen zu engagieren. Es sollte nicht vergessen werden, dass jegliches Engagement der deutschen Seite propagandistisch genutzt werden konnte. Die Deutschen und die Angst vor ihnen waren das beste Argument, um das polnische Volk mit der Regierung zu vereinen, die ihnen die Verteidigung vor der eventuellen deutschen Bedrohung garantierte. Nichts eint so sehr wie Angst und ein gemeinsamer Feind. Diese Taktik wurde seit 1945 dem polnischen Volk gegenüber immer wieder angewendet.

Diese Ausprägung der Einstellung der Polen zu den Deutschen durch die dramatischen Kriegserfahrungen hat die Entstehung einer besonderen Ebene der nationalen Verständigung ermöglicht, da politische, gesellschaftliche oder gar konfessionelle Unterschiede kein entscheidendes Kriterium bei ihrem Verhältnis zum deutschen Volk darstellten. Sogar die katholischen Eliten, die nicht mit der Regierung zusammenarbeiteten, gingen davon aus, dass es zwischen dem Regierungslager und der christlich-sozialen Bewegung „*da keine Diskrepanz gäbe, wo ein übergeordnetes Interesse ins Spiel käme*“<sup>2</sup> Und ein übergeordnetes Interesse im Nachkriegspolen war die Frage der Westgrenze.<sup>3</sup> Visionen einer möglichen Revision von Potsdam riefen bei den Polen Angst hervor. Angst, die nicht nur politisch lähmte, sondern es auch erlaubte, in der Bevölke-

---

<sup>1</sup> Der DGB gewann seit den siebziger Jahren viele neue Mitglieder. 1981 betrug ihre Zahl 7,9 Millionen. M. Schneider, *Kleine Geschichte der Gewerkschaften. Ihre Entwicklung in Deutschland von den Anfängen bis heute*, Bonn 1989, S. 356.

<sup>2</sup> D. Morawski, *Katolicy i problem granic zachodnich* [Die Katholiken und das Problem der Westgrenzen], „Tygodnik Powszechny“ Nr. 44 /1946.

<sup>3</sup> Der DGB war sich durchaus bewusst, welche Bedeutung die Westgrenze für Polen hat. „Die Information an Ort und Stelle ließ keinen Zweifel daran: Für die Polen war die Anerkennung ihrer heutigen Westgrenze eine Frage, die alles andere überschattete. Immer wieder kam der Vorsitzende des Zentralrates der polnischen Gewerkschaften, Ignacy Loga-Sowiski, zugleich Mitglied des Politbüros der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, in den viele Stunden dauernden Gesprächen, die er selbst als „historischen Dialog“ bezeichnete, darauf zurück.“ Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen, Internationale Abteilung, Düsseldorf, 23.02.1978, AdSD GDB Archiv-5/DGAJ000289, S. 1.

zung bestimmte Verhaltensweisen zu erzwingen.<sup>4</sup> Dieser Zustand ständiger Bedrohung wurde von der kommunistischen Regierung ausgiebig genutzt.

Des deutschen Problems konnte man sich bedienen, je nach Bedarf und politischer Absicht, sowohl zum Nutzen der Innen- als auch der Außenpolitik. Die Konzeption ihrer Nutzung wurde schon im Februar 1945 formuliert. Damals wurde festgestellt: „(...) Die ganze Bevölkerung ist vom Hass auf die Deutschen eingenommen. Dies schafft breite Möglichkeiten, die Bevölkerung zu einer allgemeinen nationalen Front zu vereinen.“ Auf dieser These beruhend wurden Maßnahmen ergriffen, um im polnischen Volk den Willen zur Einigung, der aus dem Bewusstsein der Gefahr resultierte, aufzubauen. Der Effekt dieser Verbreitung von Gedanken an eine mögliche Rache von Seiten Deutschlands, das permanente Angstmachen der öffentlichen Meinung mit der Vision eines deutschen Revisionismus bewirkte die Ausbildung eines „deutschen Syndroms“, das in der soziologischen Literatur die Ängstlichkeit der polnischen Bevölkerung den Deutschen gegenüber bedeutete.<sup>5</sup>

Die Kontakte der politischen Opposition zu deutschen Organisationen konnten nicht nur als Vorwand dazu dienen, administrative Maßnahmen zu verschärfen, sondern auch die Funktionäre zu diskreditieren. Wie schädlich Verbindungen mit dem deutschen Staatswesen sein können, davon konnte man sich im Jahre 2005 während des Wahlkampfes zu den Präsidentschaftswahlen überzeugen. Einem der Kandidaten, der aus den 1945 an Polen angegliederten Gebieten stammt, wurde der in der deutschen Wehrmacht dienende Großvater „in Erinnerung gebracht.“<sup>6</sup>

---

<sup>4</sup> Auch die westliche Bevölkerung fürchtete sich. Sie fürchtete sich vor allem vor der Sowjetunion, und so rief am 04.09.1948 der belgische Außenminister, Paul Henri Spaak, auf der UNO-Vollversammlung dem Vertreter der sowjetischen Delegation, Andrzej Wyszynski, zu: „Die Basis für eure Politik ist die Angst, die Angst vor euch, vor eurer Regierung und vor eurer Politik.“ W. G. Grewe, Spiel der Kräfte in der Weltpolitik. Theorie und Praxis der internationalen Beziehungen, Düsseldorf/ Wien 1970, S. 197.

<sup>5</sup> A. Sakson, Niemcy w świadomości społecznej Polaków [Die Deutschen im gesellschaftlichen Bewusstsein der Polen], A. Wolff-Poweska (red.) Polacy wobec Niemców. Z dziejów kultury politycznej Polski 1945-1989 [Die Polen gegenüber den Deutschen. Aus der Geschichte der politischen Kultur], Poznań 1993, S. 408.

<sup>6</sup> Dass das deutsche Problem noch immer in der polnischen Öffentlichkeit präsent ist, zeigt der Artikel von Thomas Urban, Es hitlert sehr. Das Deutschlandbild der polnischen Medien, Osteuropa, 57. Jg., 1/2007, S. 57-71.

Es scheint so, dass der DGB von den August-Protesten nicht völlig überrascht wurde. Schon im Frühjahr 1980 schrieb Erwin Kristoffersen<sup>7</sup> in einem Bericht über seinen Polen-Besuch u.a. von wahrnehmbaren Veränderungen in der Partei und schlussfolgerte, dass weitere wirtschaftliche Schwierigkeiten und die Unmöglichkeit, die Situation zu reformieren, zu einer Krise führen könnten.<sup>8</sup> Tatsächlich kam es schon im August 1980 zur Krise. Am 25.08.1980 veröffentlichte der DGB-Bundesvorstand eine erste Erklärung zu den Streiks in Polen, wonach der DGB die Streikbewegung in Polen mit Sorge und Aufmerksamkeit verfolgte. Der DGB würdigte auch das disziplinierte Verhalten der polnischen Arbeiter und forderte, dass am Ende des Konflikts eine Lösung zu stehen habe.<sup>9</sup>

Anfang September 1980 sprach sich der DGB grundsätzlich für eine Unterstützung der Solidarność aus: „Das ist eine logische Konsequenz der gesellschaftspolitischen Prinzipien des DGB. – Wenn es tatsächlich zur Einführung unabhängiger Gewerkschaften kommt, muss ihre tatkräftige Unterstützung für den DGB selbstverständlich sein.“<sup>10</sup> Es wurde jedoch darauf hingewiesen, dass: „(...) (zunächst stille) Kontakte zu den prospektiven Führern der unabhängigen Gewerkschaften aufgenommen werden“ sollten.<sup>11</sup>

Wenn man das besondere Interesse an Polen bedenkt, verwundert es nicht, dass der Leiter der Internationalen Abteilung des DGB schon am 15. September 1980 die Ostseeküste besuchte. Dieser Besuch war außergewöhnlich wichtig, um Kontakte zu den neuen Gewerkschaften zu knüpfen und sich besser zu informieren. Ein Effekt dieses Besuchs war nicht nur, dass man sich direkt ein Bild von der Situation in Polen gemacht hatte, sondern auch, dass der Besuch

---

<sup>7</sup> Erwin Kristoffersen – Leiter der Internationalen Abteilung des DGB.

<sup>8</sup> „Das bisherige Versagen im wirtschaftlichen, insbesondere im Versorgungsbereich, wird nicht allein der Regierung zugeschoben, so dass man sich jetzt auch nicht vorstellen kann, dass allein Veränderungen in der Besetzung der Regierung zu einer Besserung führen könnten. Dann jedoch wäre die nächste Vertrauenskrise bereits vorprogrammiert“. Vermerk von E. Kristoffersen an H.O. Vetter, Betr.: Bericht über meinen Aufenthalt in Polen in der Zeit vom 22. bis 24. Februar 1980, Düsseldorf, den 28. Februar 1980, S. 1. AdsD, DGB Archiv, Int. Abt. 5/DGAJ000289

<sup>9</sup> DGB-Nachrichten-Dienst, Nr. 183/80, 25.8.1980: DGB-Bundesvorstand zu den Ereignissen in Polen.

<sup>10</sup> Stichworte zu den Ereignissen in Polen, E. Kristoffersen, Düsseldorf 2.09.1980, AdsD Bonn, DGB-Archiv, 5/DGAJ000288, S.5.

<sup>11</sup> ebd. S. 6.

von den entsprechenden Dienststellen bemerkt wurde und Kristoffersen bei weiteren Besuchen Probleme hatte, ein Visum zu bekommen. Interessanterweise wurde die Verweigerung der Einreise nach Polen damit begründet, „*dass der Besuch eines DGB-Vertreters in Polen propagandistisch, insbesondere im Wahlkampf zum deutschen Bundestag, hätte genutzt werden können, (...)*“<sup>12</sup> Dies konnte eine Anspielung auf die August-Erklärung des DGB sein, in der der DGB alle Versuche, die Ereignisse in Polen zu einem Thema im Bundestagswahlkampf zu machen, verurteilte.<sup>13</sup>

Es war wichtig, einen Überblick über die Situation in Polen zu haben, da praktisch niemand die neuen Leute kannte, die die Arbeiter in Polen anführten. Die ausländische öffentliche Meinung hatte große Probleme, die Situation und die Menschen einzuschätzen. Charles Kassman, ein norwegischer Journalist, der die Lenin-Werft in der letzten Streikwoche besuchte, war anfangs, als er mit Lech Wałęsa in Kontakt kam, nicht von ihm überzeugt: „*Es fiel mir schwer, mir aus unserem damaligen kurzen Gespräch und seinem öffentlichen Auftreten eine Meinung über ihn zu bilden. Er wirkte wie ein hitziger Agitator, kaum wie ein Politiker oder wie der Gründer einer Gewerkschaft.*“ Solche Verhaltensweisen konnten der Solidarność nur schaden: „*Außenstehende Beobachter glaubten oft zu der Befürchtung Anlass zu haben, dass Walesa durch seine unbeugsame Haltung bereits errungene Vorteile wieder preisgeben müsse.*“<sup>14</sup>

Der bereits erwähnte Kassman reiste erneut nach Polen, dieses Mal repräsentierte er den Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG). Diese Reise sollte es ihm ermöglichen herauszufinden, ob die Solidarność daran interessiert sei, sowie, ob sie in der Lage sei, Hilfe aus dem Westen anzunehmen. Der Bericht von Kassman wurde an alle Mitglieder des Bundesvorstandes des DGB geschickt. Der sollte bei den Beratungen im Bundesvorstand behilflich sein, besonders wichtig waren seine Treffen zuerst mit Wałęsa, dann mit Kuroń.

Am 16. September 1980 traf sich Kassman mit Wałęsa. Dabei wurde festgestellt, dass die Solidarność in erster Linie an Kontakten zu ausländischen Ge-

---

<sup>12</sup> DGB Archiv, Int. Abt. 5/DGAJ000288, Brief an den Botschafter der Volksrepublik Polen, Herrn Jan Chyliński, 28.10.1980.

<sup>13</sup> DGB-Nachrichten-Dienst, Nr. 183/80, 25.8.1980: DGB-Bundesvorstand zu den Ereignissen in Polen.

<sup>14</sup> DGB Archiv, Int. Abt. 5/DGAJ000288, Bericht an den IBFG über die Besuche in Warschau und Danzig, S. 10.

werkschaften interessiert sei. Für die Solidarność war es wichtig, dass die internationalen Gewerkschaften und andere Arbeiterverbände Solidaritätserklärungen mit den kämpfenden Arbeitern in Polen abgaben. Es war wichtig, über die Ereignisse in Polen zu informieren. Für die Solidarność war es von großer Bedeutung, die Kontakte ins Ausland aufrecht zu erhalten: „*Begrüßt würde – (...) wenn es zu einem diskreten, jedoch ständigen Kontakt zu westlichen Organisationen käme, (...)*.“ Im Falle angebotener Finanzhilfe zeigte sich Wałęsa zuerst skeptisch, besonders hinsichtlich größerer finanzieller Unterstützung. Große materielle Hilfe aus dem Ausland würde bei den Behörden als Provokation empfunden und Wasser auf die „*Mühlen ihrer Propaganda und Verleumdungskampagne sein*“. Das Komitee der Solidarność war damals praktisch nicht in der Lage, große Geldsummen zu verwalten, da es kein Bankkonto besaß. Ein solches Konto konnte nur über die Behörden erlangt werden.<sup>15</sup>

Ein Ausweg aus dieser Situation konnten kleine Summen sein, die über die Post angewiesen wurden. Eine solche Hilfe konnte man akzeptieren, und bei der großen Zahl der Korrespondenz konnte daraus schon eine große Summe werden. Bei der praktischen Hilfe hätte die Solidarność gerne Druckmaschinen, Kopierer, Schreib- und Kopierpapier angenommen. Wenn dies für die Machthabenden deklariert worden wäre, hätten sie diese spontane Hilfe für die Gewerkschaften sicherlich nicht blockieren können. Andere Hilfe war zu dieser Zeit nicht notwendig.

Eine solche Einstellung, wie die praktische Absage, größere Geldsummen anzunehmen, konnte durch Komplikationen verursacht worden sein, die die Ankündigung einer Spende von der amerikanischen Gewerkschaft AFL-CIO in Höhe von 25.000 \$ bewirkte. Eine Summe, die zwar noch nicht akzeptiert worden war, von der man aber Schwierigkeiten politischer Natur erwartete, u.a., dass man den Machhabern beweisen müsste, dass das Geld kein Beweis für ein Komplott zwischen den Amerikanern und Solidarność wäre und nur für soziale Zwecke verwendet werden würde.<sup>16</sup>

Ein anderer interessanter Punkt in den Schlussfolgerungen Kassmans war die Möglichkeit, die bisher bestehenden Kontakte zu offiziellen Gewerkschaften zu nutzen, um Druck auf die polnischen Machthabenden auszuüben. Im Falle

---

<sup>15</sup> DGB Archiv, Int. Abt. 5/DGAJ000288, Bericht an den IBFG über die Besuche in Warschau und Danzig, S. 2-3.

<sup>16</sup> DGB Archiv, Int. Abt. 5/DGAJ000288, Bericht an den IBFG über die Besuche in Warschau und Danzig, S. 12.

der Boykottierung einer Verständigung zwischen der Regierung und der Solidarność hätte man damit drohen können, dass die offiziellen internationalen Kontakte, über die die polnischen Gewerkschaften verfügten, ernsthaft eingeschränkt werden würden.<sup>17</sup>

Trotz aller Vorsichtsmaßnahmen ließen sich die Kontakte zwischen der Solidarność und den ausländischen Gewerkschaften nicht vor den Machthabenden verstecken. Und so wurde am 19. September 1980 während eines Gesprächs von Hans-Eberhard Dingels mit dem polnischen Gesandten Mirosław Wojtkowski seitens des polnischen Gesandten fast eine Drohung ausgesprochen: *„Mit großer Sorge, (...) betrachte seine Regierung gewisse, offene und versteckte Aktivitäten der deutschen Gewerkschaften. Man wisse nicht, was der DGB oder einzelne Einzelgewerkschaften mit einigen Aktionen bezweckten, so z. B. dass man zu solidarischen Geldsammlungen oder sonst wie aufrufe. Man wisse in diesem Zusammenhang auch nicht, was der Internationale Bund Freier Gewerkschaften in Brüssel mit Aktivitäten, die der polnischen Seite zu Ohren gekommen seien, bezweckte. (...) Alle diese Maßnahmen, Aktivitäten oder auch nur Ankündigungen zusammengenommen müssten den Verdacht in Polen, aber nicht nur dort, verstärken, dass sehr viele Dinge, die als spontan angesehen würden, von außen gesteuert werden.“*<sup>18</sup>

Nicht nur die polnische Seite äußerte sich kritisch in der Frage der Hilfe für die neue Gewerkschaft. Auch eindeutig kritisch gegenüber dem Engagement bei der Hilfe für Polen sprach sich der Botschafter der Sowjetunion in der Bundesrepublik, Kwiziński, aus. Er suggerierte in dem Gespräch mit H.E. Dingels in der ersten Septemberhälfte 1980, dass im Namen der Sozialistischen Internationale Gelder für die Solidarność eingehen würden. Diese Bemerkung beendete er mit der Warnung, dass jegliche Maßnahmen politischer Formationen zugunsten der Solidarność, selbst die gutgemeinten und neutralen, den umgekehrten Effekt als beabsichtigt haben würden<sup>19</sup>.

---

<sup>17</sup> DGB Archiv, Int. Abt. 5/DGAJ000288, Bericht an den IBFG über die Besuche in Warschau und Danzig S. 11.

<sup>18</sup> Hans-Eberhard Dingels, Vermerk an H.J. Wischniewski, Betr.: Mein Gespräch mit dem polnischen Gesandten Herrn Mirosław Wojtkowski, am Freitag, den 19.9.1980, S. 2, AdsD, SPD PV 10919.

<sup>19</sup> Vermerk an Willy Brandt, Hans-Jürgen Wischniewski, Egon Bahr, Betr.: Gespräch mit dem sowjetischen Gesandten Kwizinski am 10.9.1980, S.2-3, AdsD Bonn, SPD PV 10919.

Wie man sieht, war für die polnische Seite ein Zusammenhang der Maßnahmen von SPD und DGB eindeutig. Eine der wichtigeren Fragen dabei war, ob eine gemeinsame SPD-Politik gegenüber der Solidarność existierte oder nicht. Es ist anzunehmen, dass die vom DGB ergriffenen Maßnahmen keineswegs völlig unabhängig von der SPD-Bundestags-Fraktion erfolgten, oder auch der SPD als Partei. Darauf lassen folgende Hinweise schließen:

Schon am 1. September 1980 meldete sich während der Sitzung des Parteivorstands in der entstandenen Diskussion nach der Analyse der politischen Situation durch W. Brandt und H. Schmidt als erster Georg Leber zu Wort, der sich dafür aussprach, die Gewerkschaften darauf aufmerksam zu machen, rechtzeitig auch zu den neuen Leuten in Polen Kontakt aufzunehmen.<sup>20</sup>

Während der Sitzung des Gesprächskreises Polen in der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag vom 21.10.1981 sagte Walter Pohlken in Bezug auf die Kontakte und Unterstützung für Polen u.a.: „*Alle Teilnehmer waren sich einig, dass eine Arbeitsteilung der richtige Weg sei. Die Bundestagsfraktion müsse anders agieren als die Partei und diese anders als der DGB.*“<sup>21</sup>

Der Minister a. D. Egon Bahr sprach während eines Treffens in der Friedrich-Ebert-Stiftung im Dezember 2006 u.a. von der Arbeitsteilung zwischen der Regierung, der Partei und den Gewerkschaften (DGB).

Der DGB nahm Kontakte zu den neuen Gewerkschaften auf. Allerdings war man bemüht, dies so unauffällig wie möglich zu machen, um die schwierigen deutsch-polnischen Beziehungen nicht zusätzlich zu belasten und die Solidarność in Schwierigkeiten zu bringen.<sup>22</sup> Jedoch kann man mit der These von N. Begin, dass die Solidarność-Führung jede Beratung ablehnte, nicht ganz übereinstimmen.<sup>23</sup> Es gab Kontakte, die gezielt zu deutschen Gewerkschaften gesucht wurden. Allerdings sieht es tatsächlich so aus, dass die Ver-

---

<sup>20</sup> Protokoll über die Sitzung des PV am 1.09.1980 in Bonn, TO 1 – Die politische Situation vor der Wahl. AdsD Bonn, 1/HSAA009495, S. 7

<sup>21</sup> Zusammenkunft des Gesprächskreises Polen in der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag vom 21.10.1981 mit Erwin Kristoffersen, Leiter der Abt. für internationale Beziehungen beim DGB-Vorstand. AdsD Bonn, NL W. Polkeh, 182.

<sup>22</sup> E. Kristoffersen, Begegnungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes mit Gewerkschaften in Polen, in: W. Plum (Hrsg.) Ungewöhnliche Normalisierung, Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu Polen, Bonn, S. 78.

<sup>23</sup> N. Begin, S. 298



bindungen nicht zu jeder Region der Solidarność gleich intensiv waren. Die Region Masowien (Region Mazowsze), d.h. Warschau und Umgebung, war besonders aktiv bei den Kontakten zum DGB. Es ist auch sehr schwer, der These zuzustimmen, dass „die Bundesregierung am Prinzip der Nichteinmischung festhielt und wünschte, dass sich alle politischen und gesellschaftlichen Gruppen in der Bundesrepublik ebenso verhielten.“<sup>24</sup> Im Gegenteil, es ging in erster Linie um Hilfe, allerdings ohne den Schein einer Einmischung. Die Bundesregierung war bemüht, eine offizielle Politik zu führen, das heißt keine Einmischung, aber Unterstützung für die reformwilligen Kreise in der polnischen Regierung und für die neuen Gewerkschaften.

Angesichts der Lage in Polen und nicht zuletzt auch im Hinblick auf die Nachbarn sollte jeder demonstrative Charakter der Hilfeleistungen für Solidarność vermieden werden. Klaus M. Reiff, Mitarbeiter der Deutschen Botschaft in Warschau, hat aus diesem Grund sogar vorgeschlagen, die Kontakte und die Hilfe für Solidarność in den deutschen Medien mit größter Zurückhaltung zu behandeln. „Wahrscheinlich empfiehlt es sich sogar, keine Information an die Presse zu geben.“<sup>25</sup>

Heinz Oskar Vetter, Vorsitzender des deutschen Gewerkschaftsbundes, hatte sogar im Januar 1981 empfohlen, von individuellen Kontakten abzusehen und die bis dahin gepflegten Konsultationen aufrechtzuerhalten. Gleichzeitig hatte der Vorsitzende bekanntgegeben, dass im Rahmen des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften vereinbart wurde, dass technische und finanzielle Hilfe möglichst über schwedische Kanäle nach Polen geleitet werden sollte.<sup>26</sup>

Im Laufe der Zeit entwickelten und vertieften sich die Kontakte zwischen dem DGB und Solidarność. Im Januar 1981 hat H. O. Vetter Lech Wałęsa nach Westdeutschland eingeladen. Die Einladung wurde angenommen, der Termin wurde allerdings offen gehalten.<sup>27</sup> Erst im Sommer 1981 wurde der Termin des

---

<sup>24</sup> ebd.

<sup>25</sup> K. M. Reiff an Deutscher Gewerkschaftsbund, Herrn E. Kristoffersen, 14.12.1980, AdsD, DGB – Archiv Inter. Abt. 5/DGAJ000291.

<sup>26</sup> H. O. Vetter an die Vorsitzenden der Gewerkschaften und Industriegewerkschaften, Düsseldorf 9. 01.1981, AdsD DGB-Archiv, Int. Abt., 5/DGAJ000288.

<sup>27</sup> Lech Wałęsa an H. O. Vetter, Gdansk 21.01.1981. AdsD, DGB-Archiv, Int. Abt. 5/DGAJ000291.

Wałęsa-Besuches auf Januar 1982 festgelegt.<sup>28</sup> Ebenfalls im Januar 1981 wurde eine Einladung an die „Solidarność“ Region Masowien ausgestellt, die von K. Reiff am 8. Januar übergeben wurde.<sup>29</sup>

Während eines Gespräches von Klaus Reiff mit einem Vertreter der Solidarność aus der Region Masowien im Januar 1981 wurde dem DGB die Bitte der Solidarność um Unterstützung übermittelt. Es ging dabei um technische Unterstützung. Insbesondere bestand dringender Bedarf an jeder Art von Vervielfältigungsgeräten bis hin zu kleineren Offset-Druckmaschinen.<sup>30</sup>

Im Laufe der Zeit entwickelten sich die Kontakte zwischen dem DGB und der Solidarność. Besonders gut lief die Zusammenarbeit mit dem Vorstand der Region Masowien, mit Zbigniew Bujak und Marek Chlebowicz. Chlebowicz war Redakteur des Polnischen Rundfunks und Begründer der Redaktion der Sendungen für Kassettenrundfunk. Er produzierte die Informationsprogramme der Solidarność. Sitz der Redaktion für die Kassetten – Programme war zwar bei der Region Masowien, doch wurden die Kassetten im Auftrag der Landeskoordinierungskommission der Solidarność in Danzig für das ganze Land hergestellt. Der Redakteur wurde nach Westdeutschland eingeladen, um über konkrete Unterstützung für Solidarność zu sprechen. Er war ebenfalls bevollmächtigt, Gespräche über weitere Formen der Zusammenarbeit und Absprachen über den Besuch Wałęsas in der Bundesrepublik zu führen. Die Gespräche über den Besuch von Wałęsa sollten auf Wunsch der polnischen Seite absolut vertraulich behandelt werden.<sup>31</sup>

---

<sup>28</sup> E. Kristoffersen an H. O. Vetter, Düsseldorf, 6.07.1981, AdsD, DGB-Archiv, Int. Abt. 5/DGAJ000288.

<sup>29</sup> Klaus M. Reiff an E. Kristoffersen, 11.01.1981, AdsD DGB-Archiv, Int. Abt. 5/DGAJ000291.

<sup>30</sup> Klaus M. Reiff an Kristoffersen, Warschau 12.01.1981, und Janusz Onyszkiewicz, Pressesprecher der NSZZ Solidarność Region Masowien an den DGB, Internationale Abteilung, Herrn E. Kristoffersen, Warschau 12.01.1981, AdsD DGB-Archiv, 5/DGAJ000291.

<sup>31</sup> K. M. Reiff an E. Kristoffersen, 22.03.1981, AdsD DGB-Archiv, Int. Abt. 5/DGAJ000291; NSZZ Solidarność, Region Masowien an E. Kristoffersen, Warszawa 15.04.1981 und E. Kristoffersen an H. O. Vetter, Düsseldorf, 8.05.1981, Betr.: Beziehungen zur polnischen NSZZ – Solidarność, S. 2, E. Kristoffersen an H. O. Vetter, Düsseldorf, 06.07.1981, AdsD DGB-Archiv, Int. Abt. 5/DGAJ000288.

Es gab auch Gespräche über die Einrichtung eines Archivs der Solidarność-Gewerkschaft mit Schriften, Broschüren und Originalkassetten, z.B. eine Kasette mit dem Originalton der Bromberger Ereignisse. Die Polen waren auch an gewerkschaftlichen Nachrichten aus Deutschland in polnischer Sprache interessiert, ebenso an DGB – Bildungsmaterialien und der Teilnahme an Lehrgängen der DGB – Schulen.<sup>32</sup>

Die deutsch-polnischen Kontakte zwischen den Gewerkschaften hatten sich zwar weiterentwickelt, aber die bereits laufenden und angeregten Aktivitäten bezüglich der Zusammenarbeit mit der Solidarność wurden weiter im Stillen betrieben. Ein wichtiges Element der Zusammenarbeit war die Beteiligung beider Gewerkschaften an den Kongressen. Zunächst wurden zum 4. außerordentlichen DGB-Kongress 5 polnische Journalisten eingeladen, darunter zwei Pressevertreter der Solidarność: ein Mitarbeiter der neu erscheinenden Wochenzeitung „Solidarność“ und der Chefredakteur der regionalen Wochenzeitung „Jedność [Einigkeit]“.

Im September 1981 wurde eine Delegation des DGB nach Danzig zum Solidarność-Kongress eingeladen. Erwin Kristoffersen repräsentierte den DGB, allerdings nur im ersten Teil des Kongresses. Sein Auftritt, bei dem Kristoffersen laut Bericht des polnischen Botschafters in Bonn, Chyliński, von „einer vollen Unterstützung von Solidarität“ sprach, wurde als „nicht gut“ eingestuft. Das Urteil war eindeutig: „Kristoffersens Auftritt könne nicht im Interesse der bilateralen Beziehungen liegen.“<sup>33</sup>

Nichtsdestoweniger war die Reise von Kristoffersen sehr ergiebig. Vor allem hatte er die Möglichkeit, sich selbst über die Verhältnisse innerhalb der Solidarność und die Lage in Polen zu informieren und mit den Experten der Solidarność zu sprechen. Ein ausführliches Gespräch hatte Kristoffersen im September 1981 mit Prof. Geremek, der für die weitere Entwicklung der Beziehungen zwischen dem DGB und Solidarność eintrat. Gleichzeitig war er jedoch der Meinung, dass diese Kontakte sehr vorsichtig zu entwickeln wären, um weder die polnische Regierung noch die sowjetische Seite zu provozieren.

---

<sup>32</sup> E. Kristoffersen an Klaus M. Reiff, 9. 07.1981, AdsD DGB-Archiv, Int. Abt. 5/DGAJ000291.

<sup>33</sup> Vermerk, Bonn, den 10.09.1981, Betr.: Gespräch des stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Hans-Jürgen Wischnewski (HJW) mit dem polnischen Botschafter, Herrn Jan Chilinski (Ch) am 9. September 1981, AdsD Bonn, NL Selbmann 124, S. 3.

Interessant ist die Feststellung Geremeks, dass die Beziehungen zwischen der Solidarność und dem DGB sogar wichtiger waren als Kontakte zu anderen Gewerkschaften. In diesem Kontext unterstrich Geremek die Möglichkeit, die Erfahrungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes zu nutzen.<sup>34</sup> Während des Treffens mit den Experten der Solidarność wurde ebenfalls festgelegt, dass eine offizielle Delegation zur Aufnahme von Kontakten mit dem Bundesvorstand und zur Vorbereitung des Wałęsa-Besuches den DGB besuchen wird. Zum Leiter der Delegation wurde Zbigniew Bujak ernannt.

Erwin Kristoffersen hatte auf Grund seiner Rede in Danzig Schwierigkeiten mit dem polnischen Visum. Es wurde ihm einige Zeit das Visum verweigert. Die Rede in Danzig war auch Thema eines Gesprächs mit dem Parteivorstand. Dabei ist die Äußerung von Wischniewski in Bezug auf die Aktivitäten des DGB von Bedeutung. Wischniewski sagte im September 1981 zu Chilinski u.a.: *„Die SPD habe dem DGB geraten, sich größerer Zurückhaltung zu befleißigen. Die Partei müsse jedoch die Unabhängigkeit des DGB berücksichtigen. Die SPD werde auch weiter darum bitten, daß unsere Gewerkschaften den Hinweis auf die Nichteinmischung achten. (...)Die SPD werde ihre Haltung nicht ändern. Es würden Gespräche mit dem DGB stattfinden, im Interesse der bilateralen Beziehungen. Der DGB solle nichts unternehmen, was die offiziellen Beziehungen störe.“*<sup>35</sup>

In Übereinstimmung mit den Absprachen in Danzig wurde eine Reise von Zbigniew Bujak vorbereitet, die in der Zeit vom 24. bis 31. Oktober stattfand. Der Besuch war von der Seite der Solidarność gewünscht worden, um *„so die engen Beziehungen zum DGB auch offiziell aufzunehmen und mit dem Mandat des Vorstandes der Solidarność ausgerüstet verbindliche Absprachen zur Vorbereitung des Besuches von Lech Wałęsa beim DGB zu treffen.“* Diese Stippvisite sollte das Interesse der Solidarność am Ausbau der politischen Beziehungen zum DGB bezeugen. Dies geschah gegen den Rat des polnischen Außenministeriums, das immer noch auf Zurückhaltung drängte. Nach Meinung der Solidarność-Experten wurde den zukünftigen Beziehungen zum DGB eine tragende Bedeutung beigemessen, weil man vom DGB Anregungen für die eigene Arbeit erwartete.

---

<sup>34</sup> DGB Archiv, Int. Abt. 5/DGAJ000291, E. Kristoffersen, Bericht über meinen Besuch in Polen zur Teilnahme am ersten Nationalkongress der NSZZ Solidarność, S. 8

<sup>35</sup> AdsD Bonn, NL Selbmann 124, S. 3-4.

Dabei ist bemerkenswert, dass der Besuch von Bujak offensichtlich mit den offiziellen Stellen abgesprochen war. Bei der Ankunft und Verabschiedung wurde er von der Botschaft empfangen. Außerdem war die Delegation beim Botschafter zu einem Arbeitessen eingeladen. Auch der kurzfristige Wunsch, die KZ-Gedenkstätte in Buchenwald zu besuchen, war auf die Abstimmung mit dem polnischen Außenministerium zurückzuführen. Eine Begleitung des polnischen Generalkonsuls in München und des stellvertretenden Vorsitzenden des DGB-Landesbezirks Bayern war vorgesehen.<sup>36</sup>

In der Presse wurde die Reise Bujaks nach Deutschland zuerst auffallend knapp abgehandelt. Es gab eine PAP-Standard Meldung (PAP - Polska Agencja Prasowa - Polnische Presse Agentur). Allerdings hat die sowjetische Agentur Nowosti von der Unterstützung „konterrevolutionärer Kräfte“ in Polen gesprochen. Der Anlass dafür war ein Interview für das Info-Blatt von Masowien „Niezależność“ vom 29.10.1981. Bujak hatte über Einzelheiten der DGB-Hilfe gesprochen und dabei sowohl die Kassetten als auch das Studio erwähnt.<sup>37</sup> Es war ferner auch die Rede von einem wissenschaftlichen Symposium zum Thema „Selbstverwaltung“ und Zusammenarbeit bei der Fortbildung von Gewerkschaften der Solidarność durch den DGB. Auch in der polnischen Presse wurde über die Schenkung geschrieben. Diese Panne wurde propagandistisch von Partei und Regierung gegen Solidarność eingesetzt.<sup>38</sup>

Am 13. Dezember 1981 unterbrach der Kriegszustand die deutsch-polnischen Kontakte der Gewerkschaften. Die Maßnahmen der polnischen Regierung

---

<sup>36</sup> E. Kristoffersen an H. O. Vetter, Betr.: Besuch des Kollegen Bujak, Solidarność Mazowsze, hier: Gespräch beim DGB-Bundesvorstand am Montag, den 26. Oktober 1981 um 15.00 Uhr. Düsseldorf, den 23.10.1981. AdsD DGB-Archiv, Int. Abt. 5/DGAJ000288.

<sup>37</sup> Nach der Kostenaufstellung für die an Solidarność gelieferte technische Unterstützung wurde bis zum 18. September 1981 folgende technische Ausrüstung in Wert von 18.946,03 DM gekauft: Kopieranlage für Kompakt-Kassetten mit Erweiterungsmöglichkeit auf fünf Kopierplätze, Zusatzgerät zur Kopieranlage zur Erweiterung der Kapazität auf drei Kopien, Kassetten und Klarsichtboxen für Kassetten, 2 Mikros und 20 Tonbänder. Vermerk Betr.: Kostenaufstellung für bisher an Solidarność Polen gelieferte technische Ausrüstung. Düsseldorf, den 18. September 1981, AdsD Bonn DGB-Archiv, Int. Abt. 5/DGAJ000342.

<sup>38</sup> Klaus M. Reiff an E. Kristoffersen, 8.11.1981, AdsD, DGB-Archiv, Int. Abt. 5/DGAJ000291; Klaus M. Reiff an E. Kristoffersen, 30.11.1981, AdsD, DGB-Archiv, Int. Abt. 5/DGAJ000291

wurden von allen Gewerkschaften verurteilt. Es wurde Aktionen organisiert und humanitäre Hilfe angeboten.

Mit der Koordinierung der Hilfe für Polen wurde das sog. Polen-Büro beauftragt. Dies war „Solidarität für Polen“ e. V. mit dem Sitz in Düsseldorf. Dieser Verein ist noch vor der Ausrufung des Kriegszustandes ins Leben gerufen worden. Seine Gründung kann man auf den Appell der Solidarność zur Unterstützung mit Nahrungshilfe für Polen zurückführen. Der erste Transport mit Medikamenten und Lebensmitteln ist nach Polen um den 25. Januar losgefahren.<sup>39</sup>

Auch die Koalitionsregierung von SPD und FDP schloss sich den humanitären Hilfsaktionen für Polen an. In der Situation der tiefen Wirtschaftskrise, über die die Bundesregierung sehr gut informiert war, entschied man sich dafür, die humanitäre Hilfsaktion auszuweiten. Bundeskanzler Schmidt wandte sich mit einem Appell an die deutsche Bevölkerung, den Bedürftigen in Polen zu helfen.<sup>40</sup> Zwar konnte man schon zum Zeitpunkt der Entstehung der Solidarność und der sich vertiefenden Wirtschaftskrise verstärkte humanitäre Maßnahmen für Polen bemerken, aber als der Kriegszustand ausgerufen wurde, trat eine wahre Explosion der Hilfe ein. Es wurden Transporte mit Lebensmitteln und Bekleidung, Medikamenten und medizinischen Geräten organisiert. Es wurden Geldsammlungen organisiert. Vom Ausmaß der Hilfe und des Interesses der Bevölkerung kann die Tatsache zeugen, dass allein in der ersten Woche nach Verhängung des Kriegszustands über 41.000 Pakete nach Polen geschickt wurden. Obwohl praktisch täglich die Zahl der nach Polen verschickten Pakete anstieg, trat jedoch eine wahre Explosion im Februar 1982 ein. Am 8. Februar

---

<sup>39</sup>Im Januar 1982 machte der DGB den Vorschlag, Familien von polnischen Gewerkschaftern, die sich in Haft befanden, Lebensmittelpakete zu schicken. Die deutsche Initiative wurde vom IBFG und den Solidarność-Leuten diskutiert. Das Angebot wurde angenommen. In der Kartei der IBFG gab es ca. 700 Namen von inhaftierten aktiven Solidarność-Mitgliedern, allerdings waren, abgesehen von einigen Ausnahmen, keine Einzelanschriften vorhanden. Um eine ungerechte Verteilung zu vermeiden, d.h. die Hilfe nur an die wenigen bekannten Einzeladressen zu senden und so eine bevorzugte Gruppe entstehen zu lassen, wurde vorgeschlagen, die Pakete über bischöfliche Wohltätigkeitsausschüsse zu leiten. Unter den derzeitigen Umständen boten diese Ausschüsse den sichersten Weg an, bedürftige Menschen zu erreichen. Dazu kam, dass die Solidarność-Aktivisten ausdrücklich darum gebeten hatten, diesen Weg für die Unterstützung zu wählen. AdSD Bonn, 5/DGCU000342, DGB Bundesvorstand, Peter Pletsch, An die DGB-Landesbezirke und Kreise... zur Kenntnis. 22. Januar 1982.

<sup>40</sup> „Wir rufen auf zur Solidarität mit den Polen“, Die Welt, 31.12.1981.

1982 trat die Entscheidung des Bundestags in Kraft, dass vorübergehend die Pakete, die mit der Post nach Polen geschickt werden, von den Gebühren befreit werden. Auf der Pressekonferenz am 16. Februar 1982 informierte der damalige Postminister, Kurt Gscheidle, nicht nur über die Zahl der Pakete, sondern gab auch der Öffentlichkeit eine Adressenliste von humanitären Einrichtungen bekannt, die die Verteilung der Hilfe übernommen hatten. Auf dieser Liste befanden sich unter anderem: das Polnische Rote Kreuz, das Polnische Komitee für Soziale Hilfe, die Gesellschaft der Kinderfreunde, die Caritas, das karitative Komitee der polnischen Bischofskonferenz sowie der Polnische Ökumenische Rat. Dank der Verhandlungen mit der Polnischen Post war es gelungen, eine Einigung zu erreichen, die Polnische Post verzichtete auf die Gebühren für Pakete, die an diese Institutionen geschickt wurden. Dies waren 46% der üblichen Gebühren für den Versand. Die DDR verzichtete nicht auf ihre 11% der Transfergebühren.

Die Gebührenbefreiung für die Pakete war ein zusätzlicher Impuls, um die Zahl der nach Polen versandten Hilfspakete zu erhöhen. Täglich wurden etwa 35.000 Pakete geschickt. In dem Zeitraum, in dem die Gebührenbefreiung galt, also von Februar bis Ende Juni 1982, wurden über 4.350.000 Pakete geschickt. Aus diesem Grund verlor die Deutsche Bundespost 77 Millionen Mark an Einnahmen. Dieses Geld wurde der Post vom Auswärtigen Amt aus Steuergeldern erstattet. Nach Statistiken der Deutschen Post betrug das durchschnittliche Gewicht eines Pakets 15 kg.<sup>41</sup>

Neben der Paketaktion wurden auch große Transporte mit Lebensmitteln, Bekleidung und Medikamenten organisiert. Es ist auch nicht zu vergessen, dass Patenschaften organisiert wurden, bei denen man sich um die Familienmitglieder von Internierten kümmerte. Ganze Listen befinden sich in den Archiven, einschließlich der Informationen, wer welche Familie in Patenschaft nimmt.

Weil die SPD sich vor dem Vorwurf der Einmischung in innere Angelegenheiten eines souveränen Staates fürchtete, wurde vom Parteivorstand die Anweisung ausgegeben, dass die humanitäre Hilfe, zu der die Parteimitglieder aufgerufen wurden, diskret geleistet wurde. Das bedeutete, dass nach dem Erhalt der Adresse einer bedürftigen Familie, manchmal waren dies auch ganze Kirchengemeinden, ein Paket zu schicken war, aber man nicht versuchen sollte, direk-

---

<sup>41</sup> Polenhilfe: Eine echte „Volksbewegung“, Der Spiegel 23 (1982), S. 84.

ten Kontakt aufzunehmen. Absolut nicht erlaubt war, die Information beizufügen, dass die Adresse von Parteiverbänden „zuteilt“ worden war. Bemerkbar ist ein großes Engagement der SPD-Verbände bei der Hilfe für Polen. Große Bedeutung hatte die Tatsache, dass viele Mitglieder, die einfachen, aber auch diejenigen, die die mittlere und obere Führungsebene bildeten, persönliche Verbindungen zu Polen hatten. Häufig befanden sich ihre Wurzeln oder die Wurzeln ihrer Familien in Gebieten des heutigen Polens. Man sollte auch die Hilfe der deutschen Sozialdemokraten ganzheitlich betrachten, als Ganzheit der Maßnahmen der Partei, der Gewerkschaften und der politischen Stiftungen. Denn diese drei Elemente bildeten die sozialdemokratische Politik gegenüber Polen und den Polen. Beim Engagement der Sozialdemokraten für die polnische Bevölkerung ist festzustellen, dass es unter den einfachen Parteimitgliedern größer war, als unter denen aus der ersten Reihe. Davon war auch in Berichten und Einschätzungen der Situation in der SPD die Rede, die von den DDR-Diensten angefertigt wurden. Hans-Jürgen Wischnewski selbst hat sich gegenüber einem Gesandten Honeckers dazu bekannt, im Sommer 1980 eine Geldsammlung zugunsten der Solidarność unter SPD-Mitgliedern verhindert zu haben.

Zur größten Propagandaaktion für Polen während des Kriegszustands kam es am 30. Januar 1982. Das war ein Tag der Solidarität mit Polen und den Polen. Es wurden Demonstrationen, Kundgebungen und Auftritte in fast allen Großstädten der Bundesrepublik und West-Berlin organisiert. Zur größten Demonstration, die vom DGB organisiert wurde und den Namen „Solidarität mit Solidarność“ trug, kam es in Mülheim an der Ruhr. Um Geld für die Solidarność-Hilfe zu sammeln, hatte man sich entschieden, Briefmarken und Aufkleber mit dem Logo der Solidarność zu verkaufen. Auf die zentrale Aktion wurde u.a. mit Hilfe von über 3 Millionen Flugblättern und 150.000 Plakaten im Format A2 aufmerksam gemacht. Bis zum 1. Februar 1982 war es dem DGB gelungen, 250.000 DM zu sammeln. Dieses Geld wurde für den Kauf von Lebensmitteln und Medikamenten bestimmt. Es wurde auch über die Möglichkeit entschieden, Hilfe in größerer Menge nach Schlesien zu leiten. Alle Einkäufe wurden von der Firma „co op Hamburg“ organisiert, die eng mit den Gewerkschaften verbunden war. Es ist auch anzumerken, dass ein Teil der Medikamente, die nach Polen geschickt wurden, als Geschenke von Gewerk-



schaften der Chemieindustrie sowie von Betriebsräten großer Pharmafirmen kamen<sup>42</sup>.

Um die Hilfe für Polen effektiv zu gestalten, entschied sich der DGB, die kirchlichen Strukturen zu nutzen. Zwar waren einige Gewerkschaften und die Arbeiterwohlfahrt dieser Konzeption gegenüber skeptisch eingestellt, aber mit Hinsicht auf die Organisationsstruktur und die realen Möglichkeiten der Kirche in Polen wurde entschieden, gerade auf diesem Wege die Hilfe zu verteilen. Wichtigster Partner für den DGB in der Frage der Hilfe für Internierte war das „Komitee des Primas von Polen für Menschen, die der Freiheit beraubt worden sind“ (Prymasowski Komitet Pomocy Ludziom Pozbawionym Wolności), in Warschau<sup>43</sup>.

In den Berichten und Kommentaren zu den Ereignissen in Polen im August 1980 findet sich häufig die Feststellung vom „polnischen Weg zum Sozialismus“. Rückblickend können wir eher sprechen vom „polnischen Weg aus dem Sozialismus“. In den Situationsanalysen vom Sommer 1980 fürchtete man, dass die Streikwelle auf die übrigen Länder des Warschauer Pakts übergreifen könnte. Der DGB, der grundsätzlich der SPD-Politik zugeneigt, und der Meinung war, die Ereignisse in Polen vorsichtig zu behandeln, nahm die Taktik der stillen Hilfe auf, die nicht nur effektiv war, aber auch keine weitere Verschärfung der deutsch-polnischen Beziehungen mit sich brachte, sondern die Grundlagen für ihre weitere Entwicklung legte.

---

<sup>42</sup> AdsD Bonn, 5/DGCU000342, Stand der Aktion „Solidarität für Polen“ am 1.2.1982, vormittags.

<sup>43</sup> AdsD Bonn, 5/DGCU000292, Klaus M. Reiff an Erwin Kristoffersen, 1. 02.1982.